

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Dezember 1972

Evangelische Verantwortung

Heft 12/1972

Friede für Generationen?

Heinrich Böx

Bricht ein Goldenes Zeitalter an? Bundeskanzler Brandt stellt fest, daß jetzt der Frieden für Generationen gesichert wird — nicht für die nächste Generation, sondern für Generationen, mit anderen Worten: weit über das Jahr 2000 hinaus.

Auch den Weg dahin zeichnet er auf: die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, zu der sich fast alle europäischen Staaten sowie die USA und Kanada in Helsinki zögernd herantasten.

Ist diese Konferenz aber tatsächlich der Weg, der zu dem Frieden für Generationen führt? Schließlich war es die Sowjetunion, die sich für ihre Einberufung seit 1966 mit besonderem Nachdruck eingesetzt hat. Darum kann es keinem Zweifel unterliegen, daß dieser Konferenzplan eine bedeutende Stellung in der globalen Politik Moskaus einnimmt und sich nicht nur auf die europäische Situation bezieht. Die Sowjetunion bleibt eine Weltmacht und verfolgt Ziele, die die Erde umspannen.

Unverrückbar hält die Sowjetunion an der Erhaltung und Wiederherstellung einer geschlossenen internationalen kommunistischen Bewegung fest, um auf lange Sicht den Kapitalismus und mit ihm die freiheitliche Demokratie abzuschaffen. Wenn auch sogenannte „gerechte Kriege“ niemals abgeschlossen werden können, ist die Sowjetunion zur Zeit bereit, eine Periode friedlicher Koexistenz einzulegen, die sich aber keineswegs auf die Anerkennung anderer Gesellschaftssysteme gründet, sondern aggressiv interpretiert werden muß. Die friedliche Koexistenz ist nach übereinstimmenden Aussagen aller sozialistischen Führer die höchste Form des Klassenkampfes. Sie ist

ein Mittel, die „bürgerliche“ Ideologie zu überwinden. Kein Land, das dem sozialistischen Lager angehört, darf austreten. Die Anwendung von Gewalt ist gegen Abtrünnige gerechtfertigt. Wann die Abweichung beginnt, bestimmt Moskau. Die Gefahr kommt von außen, von den freiheitlichen Ideen des Westens, einer Politik der Überwindung der Spaltung Europas. Die Ausdehnung des Freiheitsbereiches würde das sozialistische System im Osten erschüttern. Darum verfolgt die Sowjetunion mit der Konferenz kurzfristig die Anerkennung des Status quo in Europa, die un-

Aus dem Inhalt

Friede für Generationen?	1
Aus den Tagungsprogrammen der Akademien	3
Engagement der kirchlichen Bruderschaft für Linkskoalition — Presseerklärung des EAK-Rheinland	4
Wahlniederlage und ihre Konsequenzen Gerd Langguth	5
Unbequeme CDU-Fragen im NRW-Landtag	7
SPD-Propaganda im Rau-Ministerium in Düsseldorf	8
Die evangelischen Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion im 7. Deutschen Bundestag	9
Propst Grüber gegen Grundvertrag	10
Kirchentagspräsidium praktiziert Einseitigkeit	11
Aktion Wahlanalyse '72	11
Kommentar: Nach der Wahl	12

Die Broschüre über die 17. Bundestagung — Pforzheim '72 — des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU kann kostenlos bei der Bundesgeschäftsstelle des EAK, 53 Bonn, Kaiserstraße 22, angefordert werden.

abänderliche Hinnahme der sozialistischen „Errungenschaften“ der Kriegs- und Nachkriegszeit, einschließlich der Teilung Deutschlands, so lange es eine demokratische Bundesrepublik gibt.

Das von der Sowjetunion angestrebte europäische Sicherheitssystem soll den völkerrechtlichen Stempel auf den Status quo setzen. Zugleich soll der Eindruck der Entspannung die innere und äußere Abwehrbereitschaft der westlichen Demokratien betäuben.

Ziel der Sowjetunion: Auflösung der Europäischen Gemeinschaft

Die mittelfristigen Ziele der Sowjetunion sind gegen den Kern der westeuropäischen Strukturen, die Europäische Gemeinschaft, gerichtet. In den frühen Überlegungen der Sowjetunion spielte die EWG keine große Rolle. Durch die Brille des Marxismus betrachtet, wurde sie als eine typische Verfallerscheinung des Spätkapitalismus bewertet, die zu gigantischen Monopolen, entsprechender Arbeitslosigkeit und zum Untergang durch den Aufstand der Arbeitermassen führen müßte. Das traf nicht ein. Die Europäische Gemeinschaft erweiterte und vertiefte sich. Sie erwies sich als ein mächtiges Wirtschaftsgebilde, das einen erheblichen Sog auf die nichtsowjetischen Mitglieder des Warschauer Paktes ausübte. So geriet die Europäische Gemeinschaft besonders seit 1966 in das Fadenkreuz der sowjetischen Politik. Die Konferenz soll auch mittels eines permanenten Organs für wirtschaftliche Zusammenarbeit, den Integrationsprozeß anhalten und schließlich die Europäische Gemeinschaft auflösen. Westeuropa soll in seinen alten Zustand souveräner Nationalstaaten zurückgeführt werden. Wie dringlich für die Sowjetunion dieses Problem

ist, zeigt sich an der Zieländerung der Konferenz aus sowjetischer Sicht. Ursprünglich als Sicherheitskonferenz mit aggressiver Tendenz gegen die USA und die Bundesrepublik konzipiert, verlagerte sich später das Schwergewicht auf eine pan-europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit „ohne Diskriminierung“. Die auf der Konferenz angestrebte Zusammenarbeit in Technologie und Wirtschaft soll dem sozialistischen Europa einen erheblichen ökonomischen Auftrieb geben, der die Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten herstellt und die westlichen Volkswirtschaften an den gesamten Ostblock bindet. Keinesfalls darf sich die Europäische Gemeinschaft aus sowjetischer Sicht zu einer politischen Union oder gar einer Verteidigungsgemeinschaft entwickeln. Das würde das Endziel eines pan-europäischen oder besser eurasischen Gesamtsystems unter sowjetischer Führung verhindern. Die Voraussetzung für einen sowjetischen Erfolg in dieser Richtung ist die Neutralisation der Bundesrepublik, die schließlich in die „Finnlandisierung“ des westlichen Resteuropa führen soll. Hier überschneiden sich mittel- und langfristige Politik. Sie kann nur Erfolg haben, wenn die USA und Kanada ihre Anwesenheit in Europa beenden. Moskau setzt seine Hoffnung auf einen neuen Isolationsismus in den USA, dessen zahlreiche Anhängerschaft sich bereits jetzt vernehmlich zu Wort meldet.

Es sind die amerikanischen Gewerkschaften, die auf diese Gefahr nachdrücklich hinweisen. So schreibt ihr Führer Meaney in dem offiziellen Gewerkschaftsblatt: „Die Sowjetunion ist eifriger als je darum bemüht, die USA aus Europa zu verdrängen und dadurch die NATO zu lähmen. Ein Erfolg des Kreml würde zur Finnlandisierung Westeuropas und schließlich zur totalen sowjetischen Kontrolle über den ganzen Kontinent führen.“

Veränderungen im globalen System der politischen Mächte

Europa ist ein Teilkriegsschauplatz in der globalen Politik der Sowjetunion. Sie kämpft hier um mehr als nur um die Ausdehnung

ihres Einflusses auf die westlichen Demokratien des Kontinents. Moskau kommunistische Suprematie wird durch China bestritten. Dem Kreml ist es nicht gelungen, Mao und seine Anhänger auf kommunistischen Konzilen einstimmig als ketzerisch zu verurteilen und ideologisch zu isolieren. Aber China ist nicht nur vom Standpunkt des Weltkommunismus gefährlich, sondern auch als eine sich entfaltende politische Größe. Die Konstellation von zwei Supermächten, die die Lage in der Welt beeinflussen, in vielen Fällen bestimmen, ändert sich zugunsten eines multi-polaren Systems. China ist aus seiner selbst gewählten Isolierung herausgetreten. Japan tritt auf die Weltbühne mit seinem gewaltigen Wirtschaftspotential, das sich morgen in militärische Stärke umsetzen kann. Tokio fordert die Veränderung des Nachkriegs-Status-quo zu seinen Gunsten und rüttelt damit an den Eroberungen der Sowjetunion in Europa und Asien. Das westliche Europa kann sich zu einem weiteren Zentrum entwickeln, wenn die Integration voranschreitet und durch eine politische Union gekrönt wird.

Die Sowjetunion versucht mit vielen Mitteln das bipolare System zu erhalten und die neu aufkommenden Mächte in dieses einzuordnen. Mit der Entspannung einher geht eine gewaltige Flottenaufrüstung, die in ihren Ausmaßen und Auswirkungen nur zu ahnen ist. Da sie auf dem Feld der nuklearen Waffen mit den USA mindestens gleichgezogen hat, strebt sie an, die USA zu überflügeln und die Weltpolitik zu bestimmen, sofern sich die Polarisierung auf zwei Weltmächte erhalten läßt.

Washington geht einen anderen Weg. Ein neues Verhältnis zwischen den USA und China ist im Werden. Japan ist fast brutal zur Besinnung auf seine Möglichkeiten, in Asien eine bedeutende Rolle zu spielen, gezwungen worden. Washington fördert die Zusammenarbeit in Westeuropa, soweit seine wirtschaftlichen Interessen nicht beeinträchtigt werden. Nixon wünscht ein System mehrerer Groß- oder Weltmächte, um die politische Manövrierfähigkeit zu erhöhen und um – wenn es die Lage erfordert – Koalitionen bilden zu können. Ihr Modell scheint das Konzert der Groß-

mächte des 19. Jahrhunderts in neuer Form zu sein.

Vor dieser globalen Szenerie muß das Drängen der Sowjetunion verstanden werden, die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit jetzt abzuhalten und schnell voranzutreiben. Sie soll Moskau die Chance bieten, ein politisch-wirtschaftliches System zu schaffen, das nicht nur Europa, sondern auch die weiten asiatischen Provinzen des Landes umfaßt. Dadurch würde nicht nur ein neuer Pol der Weltpolitik ausgeschaltet werden, sondern der Rücken frei sein für eine wie auch immer geartete Auseinandersetzung mit China, eine militärische nicht ausgeschlossen.

Friedensoptimismus als Selbsttäuschung

Angesichts dieser Lage ist der Optimismus mancher europäischen Regierung – der der Bundesregierung inbegriffen – nicht recht verständlich, mit dem das Wagnis einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit angegangen wird. Es

kann nur bestanden werden, wenn die westlichen Demokratien, nicht nur die in NATO und der Europäischen Gemeinschaft verbundenen, mit einer harmonisierten Politik auftreten und auf der allgemeinen, ausnahmslosen Anwendung ihrer Grundprinzipien wie Freizügigkeit von Menschen und Ideen, der Selbstbestimmung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten etc. bestehen. Das bedeutet aber auch, daß die Völker selbst sich dazu bekennen. Hier aber melden sich Zweifel an. Klassenkampfparolen sind wieder gang und gäbe. Es geht mehr um Gleichheit und Gleichmacherei, um Systemüberwindung als um Leistung und Freiheit.

Wie angesichts der hier gekennzeichneten Lage, die nicht nur von der Opposition so gesehen wird wie sie ist, der Friede in unserem Sinne für Generationen gesichert werden kann, muß das Geheimnis der Bundesregierung bleiben.

Die Konferenz wird kommen. Aber auch auf sowjetischer Seite wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion und ihrer sozialistischen Partner sind nicht zu übersehen. Selbst der Krenl

kann nicht an dem Wunsch der vom Sozialismus regierten Völker vorbeigehen, den Lebensstandard zu verbessern. Der Ostblock ist nur äußerlich ein homogenes Gebilde. Nirgendwo außer dort sind aufbegehrende Völker mit dem Einsatz militärischer Mittel niedergeschlagen worden. Im sowjetischen Machtbereich ist die Sicherheit bedroht, nicht im demokratischen Europa.

Notwendig ist es, alle Illusionen und Selbsttäuschungen abzustreifen und an die Konferenz mit einer nach vorn gerichteten Strategie zu gehen. Sie kann sicherlich nicht die Probleme eines gespaltenen Europa lösen, es sei denn durch eine pax sowjetica. Vielleicht aber sind bescheidene Verbesserungen zu erreichen und kann der Rahmen für einen weiteren Fortschritt abgesteckt werden, wenn die Sowjetunion erkennt, daß ihre weitreichenden Ziele nicht verwirklicht werden können. Bestünde der Hauptzweck der Konferenz darin, den Stempel der Zustimmung unter die starre Spaltung Europas zu setzen, würden die gegenwärtigen Probleme einer weiteren Generation übertragen, nicht jedoch der Friede für Generationen gesichert werden.

Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

Evangelische Akademie Bad Boll 7325 Bad Boll

11. bis 13. Januar 1973
Tagung für Sozialarbeiter

16. bis 18. Januar 1973
Ausländerrecht in der
Bundesrepublik

Evangelische Akademie Schleswig-Holstein 236 Bad Segeberg, Marienstraße 31

8. bis 12. Januar 1973
Leitlinien der Pastoralpsychologie
Ein nordeuropäischer
Erfahrungsaustausch

Evangelische Akademie Arnoldshain 6381 Arnoldshain

27. bis 29. Dezember 1972
Werbung – Totale Manipulation
Tagung für Junge Generation

Evangelische Akademie Tutzing 8132 Tutzing, Schloß

2. bis 4. Januar 1973
Seminar für Pfarrer

26. bis 28. Januar 1973
Studentische Wohnprobleme in
der Münchner Region

Evangelische Akademie Rheinland 433 Mülheim, Uhlenhorstweg 29

30. Dezember 1972 bis 1. Januar 1973
Jahreswende 1972/73
Tage der Besinnung für
Alleinstehende

Evangelische Akademie der Pfalz 672 Speyer, Gr. Himmelsgasse 6

4. bis 6. Januar 1973
Evangelische Bewegung und
Bauernkrieg am Oberrhein
Enkenbach-Alsenborn,
Haus Mühlberg

Evangelische Akademie Westfalen Haus Ortlohn

586 Iserlohn, Baarstraße 59–61

30. Dezember 1972 bis 2. Januar 1973
Von Jahr zu Jahr

Jahreswende – Gemeinsame
Tagung für Alleinstehende zur
Jahreswende 1972/73

Evangelische Akademie von Kurhessen-Waldeck 352 Hofgelsmar, Schlößchen Schönburg

5. bis 7. Januar 1973
Selbstentfremdung

12. bis 14. Januar 1973
Berufliche Bildung im Handwerk
heute und morgen

Evangelische Akademie Baden 75 Karlsruhe 1, Blumenstraße 7

5. bis 7. Januar 1973
Entfremdung und Geborgenheit
Bad Herrenalb

19. bis 21. Januar 1973
Krise des Gottesdienstes –
Krise des Gottesverständnisses?
Bad Herrenalb

Engagement der kirchlichen Bruderschaften für Linkskoalition

Presseerklärung des EAK Rheinland

Die rheinische Kirchenzeitung „Der Weg“ veröffentlichte vor der Wahl folgenden Artikel, im dem der Aufruf der Kirchlichen Bruderschaft im Rheinland zur Unterstützung der Koalitionsregierung ebenso publiziert wurde wie deren Standpunkt, daß der Kommunismus für die Zukunft die einzige Möglichkeit des Christentums sei.

„Die rund 50 Teilnehmer der Herbsttagung der Kirchlichen Bruderschaft im Rheinland, die vom 9. bis 11. Oktober in Bad Kreuznach stattfand, haben beschlossen, den Mitgliedern der Bruderschaft Beteiligung an Wählerinitiativen zugunsten der Koalitionsregierung Brandt/Scheel im Bundestagswahlkampf zu empfehlen. Nach einem einleitenden Vortrag von Professor Dieter Schellong (Münster) über „Theologie und Sozialismus – das Beispiel Karl Barth“ auf der Basis des Werkes von Marquardt befaßten sich die Tagungsteilnehmer mit Thesen zum Tagungsthema, die von Pfarrer Eerke Hamer (Köln) und Pfarrer Michael Höhn (Duisburg) erstellt worden waren.

Höhn kommt in seinen zehn Thesen zu dem Schluß, der Dialog zwischen Christen und Sozialisten (Marxisten) habe heute „die vorrangige Aufgabe, Fragen zu klären, die zum gemeinsamen (anti-imperialistischen) Handeln von Christen und Marxisten führen“. Der Kommunismus sei „keine grundsätzliche Alternative zum Christentum“. Er sei für die Zukunft „die einzige Möglichkeit des Christentums“. Hamer begründet in seinen sieben Thesen die Notwendigkeit, sich mit Theologie und Sozialismus zu befassen, „in dem gegenwärtigen Zustand unserer Welt, in dem wir durch die vielfältigen Formen der Verschleierung hindurch die tägliche Ausbeutung, Unterdrückung und entfremdende Manipulation von Menschen wahrnehmen und uns selbst in diesem Zusammenhang

aktiv und passiv verstrickt sehen“. Die Theologie habe die Traditionen neu zu entdecken und zu mobilisieren, die einen Beitrag zur Befreiung des Menschen aus seiner Entfremdung leisten können. Um dieses Beitrages willen sei der Forderung Karl Barths nachzugehen, „daß ein wirklicher Christ Sozialist werden müsse, wenn er mit der Reform des Christentums Ernst machen wolle, und ein wirklicher Sozialist Christ sein müsse, wenn ihm an der Reform des Sozialismus gelegen sei“.

Der bisherige Vorsitzende der Kirchlichen Bruderschaft, Dr. Joachim Meusel, hat wegen Arbeitsüberlastung bei Übernahme seines neuen Amtes als Dozent in Siegen den Vorsitz niedergelegt. Bis zu den Neuwahlen, die im Verlauf der Frühjahrstagung 1973 stattfinden sollen, ist Pfarrer Dieter Baumann (Düsseldorf), der auch die Kreuznacher Herbsttagung leitete, kommissarischer Vorsitzender.“

Presseerklärung des EAK Rheinland

Der Vorsitzende des EAK der CDU-Rheinland, Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL, wandte sich in einer Erklärung gegen den Beschluß der Kirchlichen Bruderschaft, ihren Mitgliedern die Beteiligung an Wählerinitiativen zugunsten der Regierung im Bundestagswahlkampf zu empfehlen. Klose stellte u. a. fest, „so wenig der Auftrag der Kirchen, öffentlich zu Grundfragen des politischen Lebens Stellung zu nehmen, verkürzt werden dürfe, so unzulässig sei eine einseitige parteipolitische Stellungnahme kirchlicher Amtsträger im Wahlkampf.

Auch die Anhänger von SPD und FDP sollten zur Kenntnis nehmen, daß der Regierungswechsel in der parlamentarischen Demokratie

durch die Entscheidung der Wähler kein Unglück, sondern gerade das Wesen dieser Staatsordnung sei. Aufgabe der Kirchen müsse es sein, das Volk auf seine demokratische Verantwortung hinzuweisen, nicht aber die im Wahlkampf aufgerissenen Gräben durch vordergründiges einseitiges parteipolitisches Engagement noch weiter zu vertiefen. Der von der Kirchlichen Bruderschaft mit der Wahlempfehlung verfolgte Zweck enthülle sich allerdings selbst, wenn in den sogenannten „Zehn Thesen zu Theologie und Sozialismus“ der Kommunismus „für die Zukunft (als) die einzige Möglichkeit des Christentums“ bezeichnet werde.

Buchbesprechung

Hermann Kunst (Hrsg.): Protestantische Positionen in der deutschen Politik. Verlag Otto Lembeck, Frankfurt 1972, 15,- DM.

In diesem Buch äußern sich führende Parlamentarier aller im Bundestag vertretenen Parteien in christlicher Verantwortung zu Sachproblemen der deutschen Politik. Für die CDU nehmen die EAK-Bundesvorstandsmitglieder Ingeborg Geisendörfer zur Strafrechtsreform/§ 218, Hanna Walz zur Bildungspolitik und Richard von Weizsäcker zur Ost- und Deutschlandpolitik Stellung. Zusammen mit den Beiträgen von Liselotte Funcke (Eigentumpolitik), Erhard Eppler (Qualität des Lebens), Diether Posser (Demokratie und Rechtsstaat) und Klaus von Dohnanyi (Wissenschaftspolitik) ergibt sich ein breites Spektrum von Meinungen über die Erfüllung des christlichen Auftrages in der Welt. Differenzen in Positionen und Auffassungen zwischen Regierungsparteien und Opposition werden dem aufmerksamen Leser deutlich.

Spezifisch protestantische Positionen werden vor allem in den Bereichen Bildungs- und Strafrechtspolitik sichtbar (Walz, Geisendörfer), aber auch Eppler und von Weizsäcker nehmen in ihrer Argumentation Bezug auf kirchliche Verlautbarungen bzw. theologische Ansätze. Insgesamt bietet das Buch mit seinen engagiert aber unpolemisch formulierten Beiträgen einen lesenswerten und informativen Überblick über politische Positionen, die aus christlicher Verantwortung wahrgenommen werden.

Die als geglückt zu bezeichnende Zusammenstellung der Aufsätze dieses Bandes nahm Harald Uhl vor.

Wahlniederlage und ihre Konsequenzen

Gerd Langguth

„Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land“. Diese Parole der SPD, die an ein kleinkariertes „Wir-sind-wieder-wer“-Denken und letztlich auch an nationalistische Instinkte appelliert, zeigt deutlich auf, mit welcher Emotionalisierung der zurückliegende Wahlkampf von Seiten der SPD geführt wurde. Suggestiv wurde in anderen Slogans unterstellt, daß jeder, der Skepsis zur „Friedenspolitik Willy Brandts“ äußert, damit gleichzeitig mehr oder weniger auch als Gegner des Friedens an sich dargestellt wird. Hingegen führten die Unionsparteien – sieht man von einzelnen Äußerungen wie diesen, daß es sich möglicherweise um die letzten freien Wahlen handele, ab – einen argumentativen und rationalen Wahlkampf, der besonders die Wechselwähler ansprechen sollte.

Das von allen Beteiligten unerwartete Ergebnis kam zudem für die Unionsparteien umso bitterer, als die Wahlkampfveranstaltungen der CDU/CSU sehr viel besser als die der Koalitionsparteien besucht waren und noch nie eine derartige öffentliche Solidarisierung breiterer Bevölkerungskreise zugunsten der CDU deutlich wurde. Auch ein erstaunlicher Mitgliederzuwachs war zu verzeichnen. Doch haben insgesamt die Unionsparteien allen Grund, das Ergebnis der Bundestagswahlen mit großem Ernst zu betrachten. Es stellt sich jedem die Frage, wie ein solcher „Erdrutsch“ überhaupt möglich war. Jede Wahlanalyse wird – solange noch nicht alle Zahlen systematisch ausgewertet worden sind – momentan noch den Charakter der Vorläufigkeit aufweisen müssen.

Analyse ohne Illusionen

Um vorweg alle Illusionen zu nehmen: Selbst wenn die Ergebnisse von Hessen und Bayern auf das gesamte Bundesgebiet übertragen worden wären, hätte es

nicht für eine Mehrheit der Unionsparteien im Deutschen Bundestag gereicht. In beiden Fällen haben die Koalitionsparteien SPD und FDP einen größeren Stimmengewinn für sich verbuchen können als die Opposition.

In Bayern ist zwar eine Zunahme der CSU um 0,7 Prozent zu verzeichnen. SPD (+ 3,2 Prozent) und FDP (+ 2,0 Prozent) erhielten aber insgesamt 5,2 Prozent mehr Stimmen als 1969.

Die CDU hat in Hessen zwar 1,9 Prozent Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Die Koalitionsparteien SPD (+ 0,3 Prozent) und FDP (+ 3,5 Prozent) weisen aber einen Stimmenzuwachs von 3,8 Prozent auf.

Lediglich in drei Wahlkreisen Hessens konnte die CDU eine stärkere Stimmzunahme verzeichnen als die beiden Koalitionsparteien SPD und FDP. An der Spitze dieser drei Wahlkreise liegt der Obertaunuskreis, wo CDU-Schatzmeister Kiep einen Vorsprung über 1,9 Prozent erreichen konnte und zudem eine erhebliche Zahl von Erststimmen mehr als Zweitstimmen für die CDU erhielt. Und Kiep gehört keinesfalls dem „rechten Flügel“ seiner Partei an.

Vor allem in drei Bereichen mußte die CDU erhebliche Einbußen hinnehmen, so vorwiegend in mittleren Städten, in der katholischen Arbeitnehmerschaft und bei den Jungwählern – wo die CDU noch nicht einmal dreißig Prozent erreichte.

Sicherlich ist das Ergebnis der Wahl auch aus dem „Kanzlerbonus“ heraus zu verstehen – aber nicht nur. Allerdings hat es eine regierende Partei, die bis in die letzten Tage der Wahl durch einen mächtigen Regierungsapparat die Weichen der Politik sehr viel stärker stellen kann als die Opposition, immer leichter – wie die CDU bei den früheren Wahlkämpfen. Auf der anderen Seite muß aber Willy Brandt bescheinigt werden, daß er es trotz einer jedermann zutage getretenen

Führungsschwäche meisterhaft verstanden hat, sich und seine Politik darzustellen. Gerade durch Formulierungen wie „Den Frieden sicherer machen“ oder „mehr Barmherzigkeit“ hat er es in einer sich immer mehr technisierenden Zeit verstanden, der Bevölkerung eine Gesamtorientierung zu vermitteln, die für jeden eingängig war und für die ein starker Resonanzboden vorhanden ist. Nicht zuletzt waren es aber auch klassenkämpferische Positionen, die Hervorkehrung eines „demokratischen Sozialismus“, die eine ausgeprägte Emotionalisierung des Wahlkampfes bewirkte. Vor allem aber wurde versucht, Barzel und Strauß zu Buhmännern der Nation aufzubauen. Rationale Argumente wurden hier bewußt nicht ins Spiel gebracht.

Die CDU hingegen hat sich offensichtlich nicht in genügendem Maße als politische Alternative dargestellt. Es ist ihr zwar gelungen, die Zerrüttetheit einer SPD/FDP-Regierung aufzuzeigen, doch dahinter trat die positive Selbstdarstellung weitgehend zurück. Aber das ist zum Teil auch aus der Oppositionsrolle heraus zu verstehen, die eben eine offensive Politik nur begrenzt zuläßt. Hinzu kamen noch eine Reihe weiterer Faktoren, auch die Tatsache, daß eine Unzahl ungebetener unkoordinierter anonymer Anzeigen zugunsten der CDU der Presse zu entnehmen waren, die – im Gegensatz zu den mit Unterschrift versehenen Anzeigen – eher den gegenteiligen Effekt bewirkten.

So erfreulich hoch die Wahlbeteiligung auch lag, so sehr muß allerdings nachgerade das Klima, in dem die politische Auseinandersetzung stattfand, zu denken geben. Vor allem von Seiten der SPD wurde noch nie so sehr mit Emotionen gekämpft wie diesmal. Nicht zu vergessen die FDP, die vor allem kurz vor der Wahl sich weitgehend auf eine Negativwerbung gegen Barzel und Strauß als Personen beschränkte. Vor allem sollte zu denken geben die massive parteipolitische Ausrichtung des Deut-

schen Gewerkschaftsbundes, die in zahlreichen Großbetrieben zu massivsten Wahlbeeinflussungen führte (womit dieser Vorgang noch sehr höflich umschrieben worden wäre).

Welche Konsequenzen sind nun für die CDU/CSU zu ziehen?

Gerade in der Stunde der Niederlage müssen sich die Unionsparteien auch als eine Union bewähren. So sind Gedanken, etwa die Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU im Deutschen Bundestag aufzulösen, ein Spaltpilz zwischen den beiden Parteien, der der gemeinsamen Aufgabe schadet. Denn das würde bedeuten, daß letztlich in allen Bundesländern bald zwei Unionsparteien existieren würden: CDU und CSU.

Die Union darf nicht in den gleichen Fehler verfallen wie die SPD vor allem in den frühen Jahren der Bundesrepublik. Die Union darf deshalb nicht in den Fehler verfallen, sich etwa von den Koalitionsparteien SPD und FDP als „Neinsager-Partei“ denunzieren zu lassen. Das muß auch und gerade für den Bereich der Außenpolitik gelten, wo die Union – ebenso wie im innen- und gesellschaftspoliti-

schen Bereich – klar ihre Reformalternativen artikulieren muß.

Die Union wird sich aber nicht nur bemühen müssen, diejenigen Bürger, die sich vor allem in der „heißen Wahlkampfphase“ aktiv zur CDU in zahlreichen Stellungnahmen bekannten, auch weiter für ihre Politik zu gewinnen, sondern es wird eine weitere lebenswichtige Aufgabe darin bestehen, die bei den zurückliegenden Wahlen verlorengegangenen Wählerschichten aus dem Bereich der Mitte zurückzugewinnen. Die CDU/CSU müssen Volksparteien der Mitte bleiben. Eine schärfere Profilierung nach rechts würde verhindern, daß die CDU und CSU jemals wieder Mehrheitsparteien werden könnten. Die Union benötigt auf der anderen Seite klare Aussagen, die aber auch einer liberalen Wählerschicht verständlich sein müssen.

Die wichtigste Aufgabe der CDU wird aber darin bestehen müssen, sich stärker als bisher wieder auf ihre geistigen Grundlagen zu besinnen, was – als erster und sehr begrüßenswerter Ansatz – durch den Weizsäcker-Bericht auf dem Wiesbadener Parteitag der CDU eingeleitet wurde. Die Union muß eine Antwort auf die Frage nach einer Gesamtorientierung zur Bewältigung der drängenden Zukunftsaufgaben finden. Auch das „C“ muß neu und offensiv interpretiert werden im Sinne einer konsequenten, an der Selbstverantwortung des Einzelnen und dessen Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft ausgerichteten Reformpolitik.

tiert werden im Sinne einer konsequenten, an der Selbstverantwortung des Einzelnen und dessen Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft ausgerichteten Reformpolitik.

Eine solche Gesamtorientierung – keineswegs etwa eine Ideologie im herkömmlichen Sinne – muß deutlicher Werte und Ziele der Politik aufzeigen und kann somit Alternative zu einer Politik des „demokratischen Sozialismus“ sein, der gerade – eben weil er ein geschlossenes System von Werten bietet – bei vielen Angehörigen der jungen Generation häufig eine erstaunliche Faszinationskraft hervorruft, die allerdings nicht selten im irrationalen Bereich liegt. Eine solche Gesamtorientierung muß auch klar machen können, warum der „demokratische Sozialismus“ im Sinne Willy Brandts und seiner SPD eher einem vergangenen Jahrhundert denn einer modernen Gesellschaftstheorie entlehnt worden ist. Eine solche Gesamtorientierung wird stärker zu einer offensiven Reformpolitik befähigen. Diese Grundsatzdiskussion – und nur dadurch kann sich die Union glaubwürdiger dem Wähler präsentieren – wird auch im Bereich der Unionsparteien stärker durch den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU vorangetrieben werden müssen.

Leser- Briefe

Die hier geäußerten Ansichten stimmen nicht unbedingt mit denen der Redaktion überein.

Ist die SPD die alleinige Vertretung der Arbeitnehmer?

Die CDU hat es nicht verstanden, die Arbeitnehmer, die Frauen, die Rentner und teilweise auch die Jugend richtig anzusprechen. Es gab genügend Argumente, aber der Kontakt zur Front war teilweise nicht vorhanden.

In vielen Wahlversammlungen und persönlichen Gesprächen wurde die SPD als Feind, mit dem man halt nicht sprechen kann oder darf, und nicht als politischer Gegner, mit dem man sich auseinandersetzen hat, dargestellt.

Wenn die andere Seite sicher auch manchmal aus der Rolle gefallen ist, so sollte das gerade für uns ein Grund sein, dies nicht zu tun.

Die CDU hat ein Programm, das sie als Volkspartei für alle Kreise darstellt. Dies muß in der Breitenarbeit mehr praktiziert werden. Auch und gerade die Arbeitnehmer, die Frauen, die Rentner und die Jugend sehen die echte demokratische Freiheit in dem Tragen der persönlichen Verantwortung. Nur muß man ihnen die Verantwortung übertragen und sie nicht einfach bevormunden wollen.

Wenn die CDU in vier Jahren die Regierungsverantwortung wieder

übernehmen will, so muß sie auf das Reservoir dieser eben genannten Personen zurückgreifen. Unsere Demokratie würde bei entsprechender Führung einen Aufschwung erfahren, die eine Auseinandersetzung mit dem Sozialismus nicht zu scheuen braucht. Dazu gehört auch die Mitarbeit in Gremien, über die manche CDU-Freunde nicht gern sprechen, wie zum Beispiel in den Betriebsräten, beim DGB oder der DAG.

Wenn dieses Ziel erreicht wird, so ist die CDU eine echte Volkspartei, wozu eben auch eine große Zahl von Arbeitnehmern gehört, die so mitentscheidend am Aufbau unserer freiheitlichen Demokratie mitgearbeitet haben.

Wir haben die Pflicht, sie nicht zu enttäuschen.

Gerd Stahl
3282 Steinheim (Westfalen)
Bornbrucherweg 13

CDU im NRW-Landtag stellt unbequeme Fragen

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

7. Wahlperiode

Drucksache 7/2159

(zu Drs. 7/2060)

19. 10. 72

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 797

der Abgeordneten Dr. Beckel und Meuffels (CDU)

– Drucksache 7/2060 –

Unterricht in Sozial- und Gemeinschaftskunde

Die Kleine Anfrage 797 vom 20. September 1972 hat folgenden Wortlaut:

In dem Buch von Kurt Gerhard Fischer „Gesellschaft und Politik“, Metzlersche Verlagsbuchhandlung Stuttgart 1971, das an nordrhein-westfälischen Schulen verwendet wird, steht auf Seite 115: „Nach christlicher Lehre ist es die Pflicht der Kinder, ihre Eltern zu lieben und zu ehren. Damit ist der Zwang verbunden, Vater und Mutter als Herrschende in der Familie anzuerkennen. Die Familie wird zum Erlebnisbereich von Autorität und Gehorsam.“

Über die gegenwärtige Familienform wird ausgeführt: „Die Kleinfamilie ist die für den Kapitalismus günstigste Konsumeinheit der notwendigen Luxusartikel (Fernsehapparat, Waschmaschine), die zum Verschleiß und in einer gesellschaftlich nicht benötigten Menge produziert werden können.“ (S. 105)

Für „Großfamilien (Wohnkommunen)“ wird geworben u.a. durch den Satz: „Die Schlagworte unserer Tage lauten Gruppensex und Partnertausch.“ (S. 101)

Wir fragen die Landesregierung:

1. Billigt sie die an den genannten Zitaten erkennbaren Tendenzen?
2. Wenn ja: Wie vereinbart sie das mit dem Schutz von Ehe und Familie nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland?
3. Wenn nein: Was gedenkt sie zu tun?

Der Kultusminister hat mit Schreiben vom 19. Oktober 1972 diese Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt beantwortet:

Das in der Kleinen Anfrage 797 angesprochene Schulbuch von Professor Dr. Kurt Gerhard Fischer und Mitarbeitern: „Gesellschaft und Politik“ wurde dem Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen bereits 1970 in einer Manuskriptfassung zur Genehmigung vorgelegt. Eine Genehmigung konnte

Anfrage

Antwort

jedoch zunächst nicht erteilt werden; statt dessen wurde eine Vielzahl von kritischen Anmerkungen als Ergebnis eines ersten Prüfverfahrens dem Verlag übermittelt. Da diese Kritik aber vor der Drucklegung berücksichtigt wurde, konnte nach einem zweiten Prüfverfahren – unter Zuziehung mehrerer Gutachter – die Genehmigung ausgesprochen werden.

Einer jeden Schulbuchgenehmigung geht ein Abwägen der Positiva und Negativa voraus. Im vorliegenden Falle handelt es sich um eine der gegenwärtig wichtigsten Neuerscheinungen auf dem Gebiet der politischen Bildung. Das gilt vor allem hinsichtlich der bemerkenswerten Gesamtanlage des Buches: Es stellt Zusammenhänge nicht einfach als entschiedene Fragen dar, sondern bietet immer wieder kontroverse Materialien zur Auseinandersetzung an. Dementsprechend darf es auch nicht wie ein konventionelles Schulbuch gelesen werden. Darüber hinaus muß es stärker im Zusammenhang mit Unterrichtsgestaltung und Lehrerrolle gesehen werden, als dies bei herkömmlichen Schulbüchern der Fall ist.

Der grundsätzlich positiven Bewertung steht nicht entgegen, daß ich an dem genannten Buch noch manches für veränderungsbedürftig oder verbesserungsbedürftig halte.

Zu Fragen 1 und 2:

- a) Zum ersten Zitat: „Nach christlicher Lehre . . .“ (S. 115): Diese Passage halte ich für überpointiert. Sie kann darüber hinaus leicht zu Mißverständnissen führen. Gleichwohl verkenne ich auf Grund des Kontextes nicht, daß die Begriffe ‚Herrschende‘, ‚Autorität‘ und ‚Gehorsam‘ hier eine analytische Funktion haben, nicht etwa abwertend verstanden werden sollen; die gewählte Terminologie ist in einigen Sozialwissenschaften gebräuchlich. Ich werde den Verlag auffordern, diese Textstelle umzuformulieren und dabei gegen Mißverständnisse abzusichern.
- b) Zum zweiten Zitat (S. 105): Die Beanstandung dieser Textstelle beruht offenbar auf einem Mißverständnis der didaktischen Anlage des Buches. Denn der zitierte Satz wird im Buch lediglich als Zitat aus einem Kommune-Papier vorgestellt. Er ist eine zur Diskussion gestellte Fremdmeinung und kann auf Grund der äußeren Aufmachung (besondere Schrift, Hinweis am Rand, Anführungszeichen, Angabe der Fundstelle) von Schülern, die durch den Unterricht auf ein solches Buch eingestellt sind, nicht falsch verstanden werden.
- c) Zum dritten Zitat (S. 101): Auch diese Beanstandung dürfte auf ein Mißverständnis zurückgehen. Schon das Wort „Schlagwörter“ läßt erkennen, daß „Gruppensex und Partnertausch“ in einem eher negativen Sinne erwähnt werden. Nimmt man den gesamten Kontext hinzu, so ergibt sich: Es wird bedauert, daß viele Journalisten die Diskussion über neue ‚Großfamilien‘ bzw. ‚Kommunen‘ hauptsächlich unter den genannten effektvollen aber andere Aspekte verdrängenden Schlagwörtern vornehmen. Diese Textstelle halte ich jedoch für sprachlich nicht klar genug; der Bezug zum Kontext ist für Kinder zu schwer verständlich. Dies sollte verbessert werden. Auch darum werde ich den Verlag bitten.

Zu Frage 3:

Der Verlag wird von mir aufgefordert, die beiden oben näher umschriebenen Präzisierungen des Textes in der nächsten Auflage vorzunehmen. Die nächste Auflage wird nach Erscheinen gemäß meiner Verwaltungspraxis überdies der neu gegründeten Landesschulbuchkommission für Politische Bildung vorgelegt werden.

Wir meinen: Hier liefert die nordrhein-westfälische Landesregierung ein neues Paradebeispiel für die Verharmlosung sozialistischer Einflußnahme auf die Erziehungsziele.

Politische Propaganda im Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Dr. Hüsich im nordrhein-westfälischen Landtag

Ende Oktober 1972 wurde an alle Beamte und Angestellte des höheren Dienstes innerhalb des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen die Einladung zu einer Podiumsdiskussion zu dem Thema „Wie steht es um die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Bundesrepublik“, offiziell verteilt. Veranstalter ist die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen Düsseldorf-Neuss – Dr. Helmut Grossmann. Auf der Diskussionsveranstaltung treten nur SPD-Vertreter auf. Nach dem Wortlaut der Einladung haben „Bundestagskandidaten der SPD ihre Anwesenheit zugesagt. Auch sie werden sich Ihren Fragen stellen.“ Der Einladung ist eine Rückantwort beigefügt, die an die Sozialdemokratische Partei, Bezirk Niederrhein, 4 Düsseldorf-Nord, Liststraße 2, adressiert ist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft es zu, daß diese parteipolitische Einladung während der Dienstzeit und mit den technischen Mitteln des Ministeriums an alle Beamten und Angestellten des höheren Dienstes verteilt wurde?
2. Billigt die Landesregierung die Nutzung der technischen Mittel der Behörde zur Verbreitung einer Wahlkampfwertung dienenden Einladung?
3. Was gedenkt die Landesregierung und insbesondere was gedenkt der zuständige Minister zu tun, um den Mißbrauch behördlicher Einrichtungen für Parteipropaganda zu unterbinden?

Diese Aktion – so wurde unserer Redaktion aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt – wurde auch im Innenministerium sowie beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf durchgeführt, wobei im letzteren Falle durch die SPD nachweislich auch die Hauspostverteilungsstelle mit eingeschaltet wurde.

Die evangelischen Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion im 7. Deutschen Bundestag

Odal von Alten-Nordheim
3051 Wormsthal (Post Wunstorf)

Dr. Helmut Artzinger
7520 Bruchsal

Lieselotte Berger
1000 Berlin

Karl Bewerunge
5880 Heedfeld (Kr. Lüdenscheid)

Dr. Philipp von Bismarck
5300 Bonn

Erik Blumenfeld
2000 Hamburg

Helmut von Bockelberg
4814 Senne

Wilfried Böhm
3509 Melsungen

Gerhard Braun
5678 Wermelskirchen

Rolf Bremer
2200 Elmshorn

Prof. Dr. Karl Carstens
5300 Bonn-Duisdorf

Rembert van Delden
4422 Ammeln (Kr. Ahaus)

Dr. Werner Dollinger
8530 Neustadt (Aisch)

Nicolaus Dreyer
2161 Bützfleth ü. Stade

Karl Eigen
2407 Klein-Parin

Jan Eilers
2940 Wilhelmshaven

Prof. Dr. Ludwig Erhard
5300 Bonn

Dr. Hans Evers
7800 Freiburg

Richard Ey
2844 Quernheim

Dr. Heinz Eyrich
7800 Freiburg-St. Georgen

Otto Frhr. v. Fircks
3001 Isernhagen

Dr. Friedrich Freiwald
6000 Frankfurt

Dr. Göke Frerichs
5300 Bonn-Bad Godesberg

Heinrich Gewandt
2000 Hamburg

Dr. Georg Gölter
6720 Speyer

Dr. Herbert Gruhl
3013 Barsinghausen

Lothar Haase
3500 Kassel-Wilhelmshöhe

Kurt Härzschel
7860 Schopfheim (Baden)

Kai-Uwe von Hassel
5300 Bonn

Martin Horstmeier
4991 Stockhausen

Dr. Hans-Edgar Jahn
3300 Braunschweig

Walther L. Kiep
6000 Frankfurt

~~~~~  
*Allen Lesern der  
„Evangelischen  
Verantwortung“  
wünschen wir eine  
gesegnete Weihnacht  
und ein  
glückliches neues Jahr*  
~~~~~

Prof. Dr. Hans-Hugo Klein
3400 Göttingen-Nikolausberg

Dr. Volkmar Köhler
3180 Wolfsburg

Dr. Konrad Kraske
5300 Bonn

Dr. Reinhold Kreile
8000 München

Knut von Kühlmann-Stumm
6491 Ramholz (Post Vollmerz)

Karl-Hans Lagershausen
2876 Berne-Schlüte

Egon Lampersbach
4750 Unna

Karl-Heinz Lemmrich
8852 Rain/Lech

Christian Lenzer
6349 Burg

Dr. Manfred Luda
5882 Meinerzhagen

Dr. Berthold Martin
6300 Gießen

Dr. Ernst Müller-Hermann
2800 Bremen-Oberneuland

Dr. Günther Müller
8000 München

Heinz Mursch
5300 Bonn-Bad Godesberg

Dr. Karl-Heinz Narjes
2300 Kiel

Dr. Hanna Neumeister
3350 Kreiensen

Dr. Martin Oldenstädt
2132 Wittorf

Eberhard Pohlmann
3250 Hameln

Dr. Helmut Prassler
7541 Langenbrand (Kr. Calw)

Dietrich Rollmann
2000 Hamburg

Hans Roser
8834 Pappenheim

Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein-
Hohenstein
5928 Laasphe

Christa Schroeder
4930 Detmold

Diedrich Schröder
2981 Dornumergrode

Dr. Gerhard Schröder
5300 Bonn

Dieter Schulte
7070 Schwäbisch Gmünd

Dr. Klaus-Peter Schulz
1000 Berlin

Dr. Max Schulze-Vorberg
5300 Bonn-Bad Godesberg

Karl-Heinz Spilker
6202 Wiesbaden-Biebrich

Karl-Dieter Spranger
8800 Ansbach

Gerd Springorum
4630 Bochum-Langendreer

Dr. Heinz Starke
8580 Bayreuth

Dr. Lutz Georg Stavenhagen
7530 Pforzheim

Günther Straßmeir
1000 Berlin

Hans-Adolf de Terra
3200 Hildesheim

Kurt Thürk
6600 Saarbrücken

Dr. Jürgen Todenhöfer
6750 Kaiserslautern

Irma Tübler
2300 Kiel

Friedrich Vogel
4410 Warendorf

Dr. Horst Waffenschmidt
5220 Waldbröl

Dr. Walter Wallmann
3550 Marburg

Dr. Hanna Walz
6400 Fulda
Dr. Jürgen Warnke
8627 Selb
Dr. Richard Frhr. v. Weizsäcker
5300 Bonn
Dr. Helga Wex
4330 Mülheim-Speldorf

Waltrud Will-Feld
5550 Bernkastel
Hans Wisselbach
3550 Marburg
Jürgen Wohlrabe
1000 Berlin
Dr. Manfred Wörner
7321 Hohenstaufen (ü. Göppingen)

Dr. Erika Wolf
4000 Düsseldorf
Olaf Baron von Wrangel
2055 Aumühle
Dr. Otto Wulff
5840 Schwerte
Prof. Dr. Gerhard Zeitel
6941 Hohensachsen

Propst Grüber gegen Grundvertrag

In der Tageszeitung „Die Welt“ erschienen am 16. November 1972 eine Stellungnahme zur Paraphierung des Grundvertrages von Propst Dr. Heinrich Grüber. Wir veröffentlichen den Text im Wortlaut. Wie Propst Grüber gegenüber der „Evangelischen Verantwortung“ erklärte, sehe er keine Veranlassung, seine hier dargestellten Auffassungen in irgendeinem Punkt zu revidieren.

Als eine der dunkelsten Stunden deutscher Geschichte hat der 81jährige Propst zu Berlin, Heinrich Grüber, ehemals Bevollmächtigter der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Ostberliner Regierung, die Paraphierung des Grundvertrages zwischen der Bundesrepublik und der „DDR“ bezeichnet.

Der Berliner Ehrenbürger, dessen kämpferisches Engagement gegen den Nationalsozialismus und dessen Einsatz für die Verständigung zwischen Deutschen und Juden in der Nachkriegszeit weit über Berlin hinaus hohes moralisches Gewicht hatten, zog in seiner Beurteilung der geschichtlichen Bedeutung des Grundvertrages Parallelen zum November 1918 und zum 9. November 1938. Vor 54 Jahren, meinte er, hätten junge Menschen, die vier Jahre lang jedes Opfer zu bringen bereit waren, es hören müssen, daß sie Handlanger einer verbrecherischen Regierung gewesen seien und als Schuldige auch die bitteren Folgen mitzutragen hätten. 15 Jahre später, am 9. November 1938, habe der letzte grausige Akt einer dunklen Zeit begonnen, als die Synagogen brannten und Deutsche zu Akteuren oder oft tatenlosen Zeugen des Verbrechens an Deutschen wurden.

Dunkelste Stunde

Die Paraphierung des Grundvertrags am 9. November 1972 bedeute die vielleicht bitterste und dunkelste Stunde deutscher Geschichte; denn an diesem Tage sei zerstört worden, was drei Generationen trotz aller Enttäuschungen und Leiden getragen hat: Die Spaltung und Zerrissenheit Deutschlands und der Deutschen sei durch die Entscheidung einer frei gewählten deutschen Regierung besiegelt worden. „Die historische Dimension dieses Ereignisses reicht weit über das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Regierungen in Bonn und Ostberlin hinaus. Hier hat Breschnjew über Bismarck gesiegt, und das müssen wir wissen, wenn wir die kommende Epoche des deutschen Schicksals richtig beurteilen wollen. Mit dem Grundvertrag ist nicht nur der Graben der Trennung durch Deutschland tiefer geworden, sondern die Sowjetunion hat eine neue und äußerst günstige Einfallposition ihrer europapolitischen Strategie der Zerstückelung und Schwächung der freien Welt gewonnen.“

Die Sowjets, sagte Propst Grüber, hätten diesen Vertrag mit Willy Brandt gewollt. Das allein sei entscheidend gewesen für die Paraphierung noch vor der Bundestagswahl. Die Bundesregierung aber habe sich damit ein für allemal des Rechts und der grundgesetzlichen Pflicht begeben, das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen zu fordern. Denn das könne nunmehr nach den Buchstaben und dem von Ostberlin schon heute beschworenen „Geist“ des Grundvertrages von der „DDR“ als eine „Einnischung“ in ihre inneren Angelegenheiten“

zurückgewiesen werden. Diese so erzwungene Enthaltensamkeit der Bonner Politik in Sachen „Einheit der Nation“ und „Wiedervereinigung“ und „Friedensvertragsvorbehalt“ sei einklagbar, gerade angesichts der sogenannten menschlichen Erleichterungen, die von Ostberlin für den Fall der „Normalisierung“ der Beziehungen angekündigt worden seien.

Bittere Konsequenz

Der Grundvertrag wird sich nach den Worten Grübers langfristig zugunsten der sowjetischen Position in Europa auswirken. „Es ist eine Illusion zu glauben, man könne auf der Einbahnstraße von Besuchsregelungen die ideologische und politische Position der DDR und ihre Staatsdoktrin unterlaufen. Für Ostberlin gibt es in dieser Hinsicht keinen Kompromiß, denn jeder Kompromiß wäre tödlich. Die DDR wird den Grundvertrag in genau dem Sinne auslegen, in dem sie ihn gewollt hat: Im Sinne der endgültigen Anerkennung ihrer Souveränität und territorialen Integrität und ihrer Grenzen für alle Zeit durch die Bundesrepublik. Diesem Grundsatz wird sie in jedem Fall die Gewährung von Menschlichkeit und Grenzverkehr unterordnen.“

Für das freie Berlin werden die Vereinbarung der vier Siegermächte in Deutschland und in diesem Zusammenhang auch der Grundvertrag eine bittere Konsequenz haben: „Es gibt keinen unmißverständlich gesicherten und rechtsverbindlichen Zusammenhang Berlins mit der Bundesrepublik im Grundvertrag. Im Gegenteil, der Vertrag bedeutet die endgültige Anerkennung Ostberlins als Hauptstadt der DDR. Und wenn in einigen Jahren einige Dutzend ausländischer Botschaften in dieser Hauptstadt etabliert sein werden, wird Westberlin eine bescheidene Nebenrolle spielen; wenn man dann von Berlin spricht, wird man Ostberlin meinen.“

Kirchentagspräsidium praktiziert Einseitigkeit

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU konnte kurz vor den Bundestagswahlen mit großem Erstaunen eine Stellungnahme des Vorstandes des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentages zur Kenntnis nehmen, mit der die Erklärung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken als schlecht verhüllte Wahlempfehlung für die CDU bezeichnet wurde. Im Gegensatz hierzu stand selbst die Stellungnahme von Willy Brandt, der dem Zentralkomitee bescheinigt hatte, daß es sich um eine abgewogene und keine Seite begünstigende Erklärung gehandelt habe.

Es blieb somit den Vorstandsmitgliedern des Deutschen Evangelischen Kirchentages Prof. Dr. Kurt Sontheimer, München, Dr. Heinz Zahrnt, Hamburg und Dr. Helmut Simon, Karlsruhe, vorbehalten, eine solch irrige und wenig brüderliche Erklärung abzugeben und damit in ihrer politischen Fehlinterpretation selbst noch SPD-Politiker zu über-

runden, obwohl Sontheimer und Simon selbst Mitglieder der SPD sind und Zahrnt zumindest als aktiver Mitkämpfer der sozialliberalen Koalition anzusehen ist. In der Erklärung der drei weisen Protestanten wird den Katholiken vorgeworfen, mit der vermeintlichen Überparteilichkeit des Aufrufes eine unehrliche Kaschierung des wahren Sachverhaltes vorzunehmen. Weiter heißt es, daß das Zentralkomitee seine nicht politisch begründete Autorität dazu benutze, die CDU durch einen Wahlauf Ruf zu unterstützen. Dies sei eine bedauerliche Fehlentwicklung. Die Hoffnung, daß die Ära der Wahl-Hirtenbriefe in der Bundesrepublik vorüber sei, habe sich leider nicht erfüllt. Der Aufruf sei ferner einseitig, greife willkürlich einige vergrößernde Reizworte der politischen Diskussion auf und stilisiere Sonderprobleme wie die Reform des Paragraphen 218 zu Existenzfragen der

Gesellschaft hoch. Er verschweige jedoch völlig „so zentrale Probleme“ wie die Bodenspekulation, den Mieterschutz, die Umweltgefährdung und die Notwendigkeit einer Politik der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs.

Zu dieser Erklärung hat der Vorsitzende des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Landesauschuß Berlin-Brandenburg, Dr. Gerhard Pfennig, dem Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Dr. Heinz Zahrnt, ein Schreiben zugesandt, in dem er feststellt, daß das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages keineswegs zu derartigen Äußerungen befugt oder legitimiert war, so daß darüber in der nächsten Präsidialversammlung gesprochen werden müsse. Wie die Evangelische Verantwortung zwischenzeitlich erfuhrt, wird dieser Punkt nunmehr auf der nächsten Präsidialversammlung diskutiert werden.

Aktion Wahlanalyse '72

„Die Unionsparteien stehen vor der Aufgabe, die Gründe für ihre Niederlage nüchtern und schonungslos zu analysieren.“

Dr. Konrad Kraske, CDU-Generalsekretär, im Westdeutschen Rundfunk am 25. November 1972.

Wir rufen unsere Leser auf:

Was hat die Union im Wahlkampf '72 richtig – was hat sie falsch gemacht – wo liegen die Gründe der Niederlage?

Wir brauchen Ihre Mithilfe. Schreiben Sie uns: Schonungslos und offen – positive und negative Aspekte. Wir sind dankbar für jeden Brief.

Falls Ihre Stellungnahme keinen besonderen Hinweis enthält, nehmen wir an, daß Sie auch mit einer Veröffentlichung in der „Evangelischen Verantwortung“ einverstanden sind.

„Evangelische Verantwortung“, 53 Bonn, Kaiserstraße 22, Aktion „Wahlanalyse '72“

Die Kommentatoren der Massenmedien haben uns in den Tagen nach der Wahl mit ihren kritischen Analysen über die diesjährige Bundestagswahl eine beinahe unübersichtliche Fülle von Material an die Hand gegeben.

Die Führungskräfte der Parteien, darüber hinaus aber auch der Mittelbau der Politorganisationen, sollten diese Analysen kritisch überdenken. Sie mögen nicht alle in ihren Schlußfolgerungen mit den noch zu erwartenden wissenschaftlichen Untersuchungen übereinstimmen – trotzdem aber spiegeln sie weitgehend die Stimmung in der Öffentlichkeit wider, von der nun gewiß keiner, der selbst kritisch denkt und prüft, behaupten wird, daß dieses Wahlergebnis nur rational begründet werden kann.

Hier ist nicht der Ort, der CDU/CSU Fehler des Wahlkampfes vorzuhalten; dazu sollten allerdings die Parteigremien – nicht auf offenem Markte sondern hinter verschlossenen Türen – zusammentreten, um sich über die Konsequenzen klar zu werden. Es darf heute kein Hauen und Stechen vor der Öffentlichkeit geben, zumal der nächste Parteitag der CDU mit den entsprechenden Neuwahlen erst im Herbst 1973 stattfindet, und die Partei wäre schlecht beraten, diesen Parteitag aus taktischen Überlegungen – auch nur um einen einzigen Monat – vorzuverlegen.

Das alles schließt nicht aus, daß programmatische, personelle und strukturelle Veränderungen dann vorgenommen werden: Am richtigen Ort und zur richtigen Zeit, nicht zur Freude unserer politischen Gegner, sondern aus Einsicht und Notwendigkeit, damit die Union am Ende dieser Legislaturperiode mit begründeter Glaubwürdigkeit um das Vertrauen der Wähler bitten kann.

Der psychologische Schock, den die Union erlitt, zweitstärkste Fraktion nunmehr zu sein, muß und kann überwunden werden, wenn die Zeit der Opposition richtig genutzt wird. Eine Politik, die sich nur taktischen Zielen widmet und im Pragmatismus stecken bleibt, wird dieses Ziel

allerdings nicht erreichen. Sie wird sich in ein selbst auferlegtes Ghetto begeben, in dem nur noch Gleichgesinnte Beifall spenden. Glaubwürdigkeit und Verantwortungsbewußtsein bedürfen auch einer ideellen Basis – materielle Gedan-

Kommentar

Nach der Wahl

kenführung, so wenigstens haben die vergangenen Wochen gezeigt, mag logische und rationale Momente mehrheitlich enthalten. Für einen Wahlkampf jedoch genügt dieses nicht. Das individuelle Verantwortungsbewußtsein auch und gerade als Element des deutschen Protestantismus bedarf einer ideellen Ansprache – hieran aber hat es zweifelsohne gefehlt.

Die Unionsparteien werden nach der verlorenen Wahl beweisen müssen, daß sie zur Opposition die geistige Kraft mitbringen. Opposition muß dabei weniger durch Technokratie als vielmehr durch Besinnung auf das Grundsätzliche gestaltet werden. Wir müssen uns bemühen, unsere geistig politischen Vorstellungen des Staates mit dem Maßstab des „C“ prüfen zu lassen – damit wir unsere Glaubwürdigkeit wiedergewinnen, die Voraussetzung für die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus ist.

Bereits die ersten Tage nach den Wahlen haben gezeigt, daß der SPD Übermut nicht guttut und daß zur Ausübung von Macht mehr als nur Macht gehört. Die SPD hat hier in der Tat bereits unverzeihliche Fehler begangen. Basierend auf ihrem Grundkonzept, daß der individuelle Freiheitsspielraum sich der Allmacht des Staates unterzuordnen habe, verläßt sie die Normen des politisch abgewogenen Han-

delns und beginnt erneut nach der politischen Ausrichtung des einzelnen in diesem Staate zu fragen. Während vor einigen Wochen noch die Geistlichkeit Überprüfungsobjekt sozialdemokratischer Funktionäre war, sollen nunmehr die Geldspender der Unionsparteien klassifiziert und erforscht werden. Fürwahr eine seltsame Praxis, die noch dazu die Illustrierte „Stern“ aufdeckte. Dabei sollen nicht nur mißliebige Repräsentanten der deutschen Industrie in Zukunft durch den Bundeskanzler ignoriert werden, sondern auch die im Deutschen Industrie- und Handelstag zusammengeschlossenen Industrie- und Handelskammern sollen zukünftig einer Disziplinierung unterliegen.

Diese erneuten Beispiele der Intoleranz zeigen einen Eingriff in die Persönlichkeitssphäre, der nicht stillschweigend hingenommen werden darf.

Schon liegen auch Anhaltspunkte dafür vor, daß die SPD-Bundespartei eine Dokumentation angefertigt hat, mit der man nachzuweisen versucht, welche Presseorgane im Wahlkampf die politischen Zielvorstellungen der Unionsparteien ausführlich darstellten.

Der Grund dieser Zusammenstellung läßt sich nur für Unbefangene errathen – wer politisch denkt und in Bonn offene Ohren hat, weiß längst, daß die SPD-Bundesgeschäftsstelle mit dieser Arbeit keinem Zeitvertreib nachging, sondern konkrete Ziele verfolgt.

Wir sind gespannt, ob die Regierungserklärung im Januar 1973 erneut mehr Demokratie, Toleranz und Transparenz fordert. Oft hat es allerdings den Anschein, als klaffe zwischen Anspruch und praktizierter Realität eine Lücke, deren Ausfüllung nur mit größerem Verantwortungsbewußtsein möglich ist.

Peter Egen

Unsere Autoren

Dr. Heinrich Böx
Botschafter a. D.
5311 Heisterbacherrott
Birkenweg 8

Gerd Langguth,
RCDS-Bundesvorsitzender
53 Bonn, Ublerweg 26